

Ausbildung der Schüler der Lübecker Navigationsschule 1808-1827

Von Ortwin Pelc

https://vlga.de/file/zvlga_62_1982.pdf

**Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte
und Altertumskunde Band 62/1982**

Die Ausbildung von Seefahrern in Norddeutschland

Eine Vielzahl neuer Erkenntnisse in den Naturwissenschaften sowie die zunehmende Ausweitung des Seehandels und die gestiegenen Ansprüche an die Sicherheit von Mannschaft, Schiff und Ladung führten im 18. Jahrhundert zu immer komplizierteren, aber auch exakten Kenntnissen in der Nautik. Hatte der Seefahrer jahrhundertlang sein nautisches Wissen durch die praktische Arbeit an Bord erhalten, so reichte diese nun nicht mehr aus, um ihm das notwendige theoretische Wissen zu vermitteln, das er als Steuermann oder Schiffer brauchte.

Vor der Einrichtung von Seefahrtschulen hatte es bereits privaten Unterricht von Seeleuten durch erfahrene Kapitäne und Steuerleute oder Geistliche gegeben. Dieser Unterricht konnte jedoch den Bedürfnissen nach einer umfassenden nautischen Ausbildung der Seeleute nicht gerecht werden.

Die erste Navigationsschule Norddeutschlands wurde 1749 in Hamburg ins Leben gerufen. An der Nordsee folgten weitere Schulgründungen in Emden (1782) und Bremen (1792 bzw. 1798). Neben den dänischen Navigationsschulen in Kopenhagen und Tönning entstanden weitere Schulen in Stettin (1789), Lübeck (1808) und Danzig (1817).

Die Gründung von Navigationsschulen wurde von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gefördert: in Hamburg z.B. 1749 von der Admiralität, in Bremen 1798 von Kaufleuten, Reedern und Schiffskapitänen.

In Lübeck - wie allerdings auch in Hamburg bei der Gründung einer weiteren Navigationsschule 1785 - entstand eine solche Schule durch die Initiative einer patriotischen Gesellschaft. Als ein Träger der aufklärerischen Geisteshaltung im Lübeck des ausgehenden 18. Jahrhunderts sah die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit eine ihrer Hauptaufgaben in der Förderung der beruflichen Bildung.

Die Lübecker Navigationsschule bis zu ihrer Verstaatlichung

Im Jahre 1805 machte der Gründer der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, Assessor Ludwig Suhl, den Vorschlag, eine Navigationsschule in Lübeck einzurichten. Als Vorbild diente ihm die Bremer Navigationsschule. Sein Plan konnte jedoch noch nicht ausgeführt werden, denn es fehlte ein geeigneter Lehrer.

Zusammen mit dem Kaufmann Hinrich Rolff legte Suhl der Gesellschaft im März 1808 einen neuen Plan mit einem Aufruf an „alle Patrioten und Menschenfreunde“ vor, die Gründung einer Navigationsschule zu unterstützen. Als Lehrer schlug er den Steuermann Johann Hinrich Sahn vor, der bereits seit 1793 Lübecker Seeleute privat unterrichtete.

Die Gesellschaft stimmte der Versuchsweisen Gründung einer Navigationsschule auf fünf Jahre zu und sagte für die erste Einrichtung sowie als jährlichen Beitrag jeweils 300 Mark zu. Sechs bürgerliche Kollegien beteiligten sich mit insgesamt 900 Mark. Bürgermeister Rodde stellte unentgeltlich einen Raum in der Breiten Straße, einen Betrag von 100 Mark für die Einrichtungskosten sowie als jährliche Zahlung 200 Mark zur Verfügung.

Der Bestand der Navigationsschule war damit gesichert.

Die Gründung und finanzielle Unterstützung der Lübecker Navigationsschule verdient insofern besondere Beachtung, als sie in die Zeit der französischen Besetzung fiel. In den Jahren von 1803 bis 1806 hatten Lübecks Handel und Seeverkehr noch von der gegen England verhängten Kontinental Sperre profitiert. Ein Großteil des englischen Handels mit dem Kontinent wurde damals über Lübeck abgewickelt. Diese kurze Phase des Aufschwungs konnte in Seefahrer- und Kaufmannskreisen dem Wunsch nach einer besseren Ausbildung der Seeleute nur förderlich sein. Seit der französischen Besetzung

Lübecks im November 1806 nahm die Zahl der ein- und ausgehenden Schiffe rapide ab; in den Jahren 1811 und 1812 kam der Seeverkehr schließlich zum Erliegen.

Der damit und durch die hohen Abgaben an die Besatzungsmacht verbundene wirtschaftliche Niedergang der Stadt führte im Jahr 1812 zur starken Reduzierung der Geldzahlungen an die Navigationsschule. Diesem ökonomischen Druck konnten auch die Bemühungen des weitsichtigen Suhl um ein Fortbestehen der Navigationsschule nicht standhalten. Da auch seine Eingaben an die französische Verwaltung keinen Erfolg zeigten, musste die Schule im Frühjahr 1812 geschlossen werden. Die Lübecker Navigationsschule traf damit das gleiche Schicksal wie die Schulen in Hamburg, Emden und Bremen. Nur mit Mühe konnte der Lehrer Sahn seine wirtschaftliche Existenz durch Privatunterricht sichern.

Nach dem endgültigen Abzug der Franzosen bemühte sich Suhl im Mai 1814 wieder um finanzielle Unterstützung für die Neueröffnung der Navigationsschule. Die sich nur langsam erholende Wirtschaft Lübecks erlaubte den Kollegien aber nur wesentlich geringere Unterstützungszahlungen als im Jahre 1808. Bis 1819 wurden der Navigationsschule jährlich 720 Mark zugesagt, die zu ihrem Unterhalt aber nicht ausreichten. Der drohende Fortgang Sahns an die wiedereröffnete Navigationsschule in Hamburg verstärkte die schon in den vorangegangenen Jahren vorhandenen Bemühungen um eine Verstaatlichung der Schule. Die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit beantragte für Sahn ein staatliches Jahresgehalt von 600 Mark, welches im August 1819 vom Senat der Stadt bewilligt wurde. Bis 1824 unterstützten die Kollegien die Schule finanziell, verweigerten dann aber weitere Zahlungen. Der Bedarf der Navigationsschule an Mitteln für den Lehrbetrieb, insbesondere für ein eigenes Gebäude und eine Sternwarte, war stark gestiegen. Durch ehemalige Schüler, die in Lübeck privaten Navigationsunterricht erteilten, war der Schule eine beträchtliche Konkurrenz erwachsen. Deswegen forderten die Vorsteher der Navigationsschule 1822 eine staatliche Verordnung, die eine Steuermannsprüfung nur an der Navigationsschule erlauben sollte. Um den Bestand der Schule endgültig zu sichern, beantragte die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit am 24.11.1824 deren Übernahme durch den Staat. Der Lübecker Senat stimmte diesem Antrag am 9.3.1825 zu. Der nun staatlichen Navigationsschule blieb die Gemeinnützige Gesellschaft bis 1834 durch eines ihrer Mitglieder in der Deputation für die Navigationsschule sowie bis 1868 durch eine jährliche Unterstützungszahlung von 200 Mark verbunden.

Am 31. März 1827 verabschiedete der Lübecker Senat eine Verordnung, die ein Examen für Steuerleute vorschrieb. Danach musste sich jeder Steuermann, der auf Lübecker Schiffen fahren wollte und in der Stadt noch nicht gemustert worden war, einer Prüfung vor einer Kommission unterziehen. Diese sollte aus dem staatlichen Navigationslehrer und der Direktion der Navigationsschule bestehen. Mit der Verstaatlichung der Navigationsschule 1825 sowie der Verordnung von 1827 waren die Grundlagen für eine geregelte Ausbildung der Lübecker Steuerleute und Schiffer gelegt.